

Schwedens Asylpolitik wird zum Albtraum



Margrit Neukomm, Mitglied Parteileitung der SD Schweiz, Bern

Schweden hat die liberalste Asylpolitik Europas und ist neben der Schweiz und Norwegen das beliebteste Einwanderungsland für Flüchtlinge aus sämtlichen Krisengebieten des Nahen Ostens und Nordafrika. Das Land hat 9,7 Millionen Einwohner und einen Ausländeranteil von rund 20%, und ist seit 1995 Mitglied der EU. Als drittreichstes Land Europas mit einem grosszügig ausgebauten Sozialsystem hat es eine langjährige humanistische Tradition, **Flüchtlinge aus aller Welt aufzunehmen. Während der letzten Jahre wurden besonders viele Syrer und Iraker aufgenommen, 2012 waren es**

POSTCODE

AZB 3001 Bern

103'000! Auch im vergangenen Jahr haben wieder 81'300 Menschen aus Syrien, Eritrea und dem Irak einen Asylantrag eingereicht und sie alle erhalten eine unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis. **Für dieses Jahr werden 105'000 Flüchtlinge erwartet.**

Gewalt und Vandalismus in den Städten

Langsam werden die Unterkünfte

knapp, die Einwanderungsbehörden sind überfordert und die Migranten frustriert. Wenn das Asylgesuch positiv beantwortet wird, folgt eine 2-jährige Integrationsphase mit Intensiv-Sprachkursen, Weiterbildung und Praktiken. Für die Teilnahme an diesen Programmen werden die Asylanten bezahlt. **Danach sollen die Migranten eine Arbeitsstelle finden, doch dies gelingt nur jedem Vierten, der Rest lebt von der Sozialhilfe.** Die Arbeitslosenquote in Schweden beträgt 8,1%, die Jugendarbeitslosenquote dagegen 25%. Es fehlen genügend Stellen für ausländische Jugendliche, die sich eine bessere Zukunft im reichen Schweden vorgestellt haben.

In den Vorstädten Stockholms beträgt der Migrantenanteil bereits 68%! Im Mai 2013 verschärften sich die Probleme im Grossraum Stockholm mit randalierenden jungen Migranten.

Es wurden Polizeistationen, Schulen, Kindergärten, Autos und Müllcontainer mit Brandsätzen attackiert, Polizisten und Feuerwehrleute mit Steinen beworfen und verletzt.

Europa war schockiert über die Bilder brennender Autos und heftiger Strassenkämpfe im Musterland Schweden. Zuvor geschah dies nur in Frankreich und Grossbritannien. **Dass Schweden die höchste Vergewaltigungsrate der EU-Länder hat und sogar die zweithöchste der Welt, wird von der schwedischen Presse verschwiegen.**

Jährlich werden in den Sommermonaten bis 6000 Schwedinnen, meistens blonde, Opfer von Vergewaltigungen.



Masseneinwanderung aus kulturfremden Entwicklungsländern schafft automatisch Zweitklassengesellschaften und letztlich auch Gewaltexzesse. Schützen wir die Schweiz mit einer drastischen Zuwanderungsbeschränkung!

Wir laden Sie ein zur

ordentlichen Mitgliederversammlung (Frühlings-Versammlung) der SD Schweiz

**Samstag, 9. Mai 2015, 10.15 bis 15.00 Uhr
Restaurant «Dietiker», Alte Gasse 1, Suhr (AG)**

Sämtliche SD-Mitglieder sind stimmberechtigt. Die Parteileitung freut sich auf Sie!

Die Täter sind zu 85% Migranten mit islamistischem Hintergrund, es können jedoch nur 3% für ihre Tat verurteilt werden.

Wachsende Kritik gegenüber Asylpolitik

Immer mehr Schweden nehmen eine kritische Haltung gegenüber dieser liberalen Einwanderungspolitik und ihren Folgen ein. Eine Umfrage ergab, dass für jeden fünften Schweden die Einwanderung das wichtigste politische Thema

ist. Viele scheuen sich jedoch zuzugeben, dass sie gegen diese Masseneinwanderung sind, aus Angst als Rassist bezeichnet zu werden. Ingrid Carlqvist, Journalistin und Vorsitzende der «Free Press Society», stellte ein Video mit dem Titel «Ich will mein Land zurück» ins Internet. Darin schildert sie die Wahrheit über den Multikulti-Albtraum in Schweden

Fortsetzung Seite 2

Frontalangriff auf direkte Demokratie! Avenir Suisse will die Unterschriftenzahl für eine Volksinitiative verdoppeln und somit das Initiativrecht nur noch der politischen Elite zugänglich machen.

Schwedens Asylpolitik wird zum Albraum

Fortsetzung von Seite 1

sehr eindrücklich und berichtet über Diskriminierungen, welchen sie aufgrund ihrer Offenheit ausgesetzt ist.

Schwedendemokraten im Aufwind

Die «Sverigedemokraterna», die «Schwedendemokraten», gegründet im Jahre 1988, eine rechts-populistische Partei, erhalten immer mehr Zulauf. Seit 2010 ist sie im schwedischen Reichstag bei einem Wähleranteil von 5,7% mit 20 Abgeordneten vertreten.

Im September 2014 erhielten die Schwedendemokraten sogar rund 13% der Wählerstimmen und dürfen nun mit 49 Vertretern im Reichstag Einsitz nehmen. Sie sind somit die drittgrösste Partei Schwedens.

Die Sozialdemokraten hatten einen Wähleranteil von 43,6% und die bürgerliche Allianz einen von 39,5%. Diese Parteien vertreten ein liberales Konzept und wollen die Einwanderung nicht begrenzen, sondern die Integration noch verbessern. Sie weigern sich, mit den Schwedendemokraten zusammenzuarbeiten, was zu einer Regierungskrise geführt hat, die jedoch nach Weihnachten behoben wurde. Die rot-grüne Regierung hat mit der bürgerlichen Opposition eine gegenseitige Vereinbarung getroffen, um den Einfluss der Schwedendemokraten zu schmälern.

Einwanderungsbegrenzung um 90%

Die Schwedendemokraten bezeichnen die bisherige Einwanderungspolitik als gescheitert. Diese hätte nur soziale und ökonomische Probleme hervorgerufen. Sie fordern eine strikte Beschränkung der Einwanderung.

Ihrer Meinung nach ist das ideale Ende eines Asylverfahrens die Rückkehr in das jeweilige Heimatland. Ihr Ziel ist es, die Zahl der Zuwanderung allgemein um 90% zu senken.

Sie sehen ihre traditionelle schwedische Identität und Kultur durch Islamisierung und Globalisierung bedroht und sind auch sehr EU-kritisch. Sie befürworten die Zusammenarbeit zwischen einzelnen



Jimmie Åkesson (Bild) und seine Schwedendemokraten wollen gegen die Ghettoisierung Schwedens vorgehen.

Staaten, vorzugsweise mit nordischen Ländern wie Dänemark und Norwegen. Des Weiteren kritisieren sie die hohen Kosten für das Asylwesen und möchten lieber die Sozialausgaben für die eigenen Leute erhöhen. Zugleich fordert die Partei eine Steuersenkung für alle. Obwohl sich die Schwedendemokraten von jeglichem Rassismus distanzieren, werden sie von den schwedischen Medien teilweise immer noch boykottiert.

Zwei Vertreter im EU-Parlament

In Südschweden leben die meisten ihrer Anhänger und sie gewinnen immer mehr Wählerstimmen, besonders auf kommunaler Ebene. **Insgesamt konnten sie in 145 Gemeinden 286 Mandate erringen.** Momentan erfreuen sich die Schwedendemokraten wachsender Beliebtheit bei der Bevölkerung. **Heute würden sogar bereits 17% aller Schweden für sie stimmen.** 7% ihrer Anhänger sind übrigens eingewanderte Osteuropäer.

Bei den Europawahlen 2014 erreichte die Partei einen Wähleranteil von 9,7%, was bedeutete, dass die Schwedendemokraten mit zwei Abgeordneten ins Europaparlament in Brüssel einziehen durften.

Erwartungsgemäss wird sich die Sitzzahl nach den nächsten Wahlen im Jahr 2018 noch erhöhen.

Jimmie Åkesson, der 35-jährige Parteivorsitzende, übernahm vor 10 Jahren die Parteiführung. Es gelang ihm, das Image der Partei erfolgreich zu verbessern. Er sagt: «Man kann eine Partei, die von 13% der Wähler gewählt worden ist, und das sind rund 800'000 Stimmberechtigte, nicht einfach ignorieren.» Er setzt auf Bürger, die von den anderen Parteien enttäuscht sind. **Die Schwedendemokraten verstehen sich aber nicht als rechtsextrem. Darum wurden 20 Mitglieder der eigenen Jugendorganisation (SDU), denen Kontakte zu rechtsextremen Kreisen und Neonazigruppen nachgewiesen werden konnten, aus der Partei ausgeschlossen.**

Umsiedlungspläne der UNO

Das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlingswesen möchte vorerst einmal 100'000 syrische Flüchtlinge permanent in sichere Länder umsiedeln. Es hat alle Industriestaaten angefragt, wie viele Flüchtlinge sie übernehmen würden. Da Schweden bisher am meisten Syrer aufgenommen hat, sagte die Regierung nur für 2700 Personen zu. Die Schweiz dagegen will prozentual zur Bevölkerungszahl die höchste Anzahl aller Länder aufnehmen, nämlich **1,02 Promille, das sind vorläufig 8200 Personen, doch ist zu erwarten, dass unser Bundesrat diese Zahl noch erhöhen wird.** Bis jetzt haben nur 28

Staaten zugesagt, insgesamt 85'000 Syrer aufzunehmen, bleibt also eine Differenz von 15'000.

Seit März 2011 hat die Schweiz bereits 8100 syrische Flüchtlinge aufgenommen, die kaum je wieder in ihre Heimat zurückgewiesen werden können.

Der Bund zahlt jährlich 3 Milliarden für Entwicklungshilfe, könnte davon nicht ein Teil für die Syrien-Hilfe an Ort verwendet werden?

Aufnahme von «Schutzbedürftigen»

Der Bundesrat hat den 30-Millionen-Kredit für humanitäre Hilfe für Syrien auf 50 Millionen aufgestockt, was vernünftiger und kostengünstiger ist, als die Vertriebenen in so grosser Zahl bei uns zu integrieren. Unser Land ist einfach zu klein, um noch mehr Asylanten für immer aufzunehmen. Erschwerend kommt noch hinzu, **dass die UNO-Beamten von den Millionen syrischer Flüchtlinge vorerst 3200 «besonders Schutzbedürftige» für die Schweiz auswählen.**

Das bedeutet, dass uns traumatisierte Folteropfer, Behinderte, Betagte, Kinder und alleinerziehende Mütter, Homo- und Transsexuelle zugeteilt werden. Diese können grösstenteils nur schwer integriert und in unseren Arbeitsprozess eingegliedert werden.

Wahrscheinlich werden sie lebenslanglich auf Betreuung und Sozialhilfe angewiesen sein. Zurzeit ist noch kein Ende für diesen schrecklichen Bürgerkrieg in Syrien abzusehen und es sind mehr als 11 Millionen Vertriebene, die eine neue Heimat suchen. Viele andere, grössere Staaten mit mehr Platz weigern sich, Flüchtlinge aufzunehmen oder finanzielle Hilfe anzubieten, um das gewaltige Flüchtlingselend zu lindern.

Die kleine, dicht besiedelte Schweiz ist kein Einwanderungsland und sollte aus der überbordenden Asylpolitik Schwedens und ihren Folgen eine Lehre ziehen und nicht zu viele Flüchtlinge in unser Land hereinlassen.

Auf dass wir nicht auch so einen Albraum erleben müssen wie die Schweden!

Die fehlende Bereitschaft der EU, mit der Schweiz über die Umsetzung der MEI zu verhandeln, ist sekundär. Eine erneute Volksabstimmung wäre zudem äusserst stossend. Man muss lediglich das Personenfreizügigkeitsabkommen kündigen.

Auf dem Weg zum dritten Weltkrieg?



Valentin
J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

Vor einiger Zeit warnte ich in einem Aufsatz vor falschen Hoffnungen für eine friedlichere Welt, da die imperiale USA sichtbar an Einfluss in der Welt verliere. Ich wies darauf hin, **dass jede Grossmacht zu gefährlichen Schritten auf der politischen Ebene neige, um ihre Position als Weltmacht zu halten.** Tatsächlich sind wir heute Zeugen von Entwicklungen, die diese Warnung sehr wohl als gerechtfertigt erscheinen lassen.

Ereignisse der Weltpolitik

- Es ist offensichtlich, dass die Dollarwährung schrittweise an Bedeutung verliert. Dies ist nicht nur am Wechselkurs Franken/Dollar von noch 1 : 0,95 zu erkennen; vor wenigen Jahrzehnten war es noch 1 : 4,5 – sondern auch an der Tatsache, **dass zum Beispiel Russland seine Energielieferungen an Europa in Zukunft in Euro und Rubel abgerechnet haben will.** Eine gleichartige Absicht besiegelte seinerzeit das Schicksal von Saddam Hussein und brachte den Tod von Hunderttausenden unschuldiger Menschen im Irak.
- Russland und China verkauften US-Staatsanleihen, die kaum noch das Papier, auf dem sie gedruckt sind, wert sind. Und die USA zwingen ihre «Freunde» diese zum Nennwert zu kaufen. **So soll zum Beispiel Belgien bereits solche «Non-valeurs» für über 200 Milliarden Dollar gekauft haben.**
- Die Führung der NATO forderte jüngst die Mitgliedstaaten zu vermehrter Aufrüstung auf. Russland habe in den letzten Jahren sein Militärbudget um 10% aufgestockt und seit den Vorfällen auf der Krim habe sich die Sicherheitslage in Europa markant verschlechtert.
- Und dies während die NATO die militärischen Grenzen immer tiefer ins ursprünglich russische Einflussgebiet voranschiebt und die USA trotz leiser Sparübungen noch immer über 50% des weltweiten Aufwandes für militärische Rüstungsgüter, Forschungen und verdeckte Kriegsführungen ausgeben.
- Und die NATO (lies USA) brechen laufend die Versprechungen, ihren

militärischen Einflussbereich nicht in das jahrzehntelange Einflussgebiet der seinerzeitigen Sowjetunion auszudehnen. **Man denke an die europäischen Oststaaten, an Georgien, an die Ukraine, an die arabischen Staaten und an Polen!**

Nach dem Urteil gewiegter Kenner der Szene können die USA nur noch durch einen Krieg vor einem dramatischen Abstieg ihres weltpolitischen Einflusses gerettet werden. Und mit diesem katastrophalen Mittel haben die USA reiche Erfahrungen gesammelt.

Seit 1775 waren die USA an 223 Konflikten und Kriegen aktiv beteiligt oder haben diese selbst ausgelöst.

Konflikt Nr. 223 war übrigens die Antistiftung, Vorbereitung, Finanzierung und Durchführung des bewaffneten Umsturzes in der Ukraine!

Stellvertreterkonflikte weltweit

Vor Jahren haben wir gewarnt, dass in Syrien ein «Stellvertreter-Bürgerkrieg» ausbrechen werde, da dieses Land einem erfolgsversprechenden Angriff auf den Iran im Wege stehe. Inzwischen haben sich die schlimmsten Befürchtungen erfüllt.

Die Saat der US-Geheimdienste und des israelischen Mossad gehen wie geplant auf. Aber weder Syrien noch der Iran sind bis heute in die Knie gegangen.

Verwundert es noch, dass bekannt wurde, **dass der enge Freund von Netanjahu, der superreiche Sheldon Adelson, öffentlich angeregt hatte, den Iran mit Atombomben vernichten zu wollen!**

Und dass die israelische Regierung die Friedensgespräche mit den Palästinensern abgebrochen hatte, angeblich weil die Hamas jetzt in die palästinensische Regierung eingebunden wurde. **Als ob das im Interesse einer friedlichen Entwicklung nicht höchst wünschenswert war!**

Im Fernen Osten gehen die USA zurzeit offensichtlich auf Konfrontationskurs gegen China.

Dieses stelle territoriale Ansprüche im südchinesischen Meer, die von Anrainerstaaten (Vietnam und den Philippinen) bestritten werden und zwar selbstverständlich mit der wohlwollenden Unterstützung Japans und den USA; **wobei letztere selbstverständlich nationale Inter-**



Die Weltmacht USA verliert an Einfluss. Diesen will sie jedoch unablässig mittels Kriegsführung verteidigen.

essen jenseits des Pazifiks geltend machen.

Reformen statt Kriege

Bereits werden verbale Attacken geritten, wie wir sie vom Kalten Krieg her noch in böser Erinnerung haben.

Spezialisten betonen, dass sich die USA (und die EU-Staaten) nur noch durch einen Weltkrieg aus ihrem finanziellen Desaster retten können.

Beten wir zu Gott, dass diesen Mächten noch etwas Gescheiteres

als Krieg zu führen in den Sinn kommt wie zum Beispiel die Aufgabe der irrwitzigen Finanzordnung mit dem Überschwemmen der Weltwirtschaft mit wertlosen Dollars, die Abschaffung des Zinseszins-Debakels mit den Millionen von Arbeitslosen in den EU-Staaten, den Millionen Hungernden in den Drittweltländern usw.

Das «fromme» Amerika könnte sich wieder einmal die biblische Mahnung vor Augen führen, welche lautet, die Schwerter in Pflugscharen zu verwandeln!

Nationalratskommission befürwortet Vermummungsverbot Ein wichtiger Schritt

Die Schweizer Demokraten (SD) sind erfreut über den Entscheid der staatspolitischen Kommission des Nationalrats, ein generelles Verhüllungsverbot für den öffentlichen Raum einführen zu wollen. Die Forderung wurde mittels parlamentarischer Initiative von SVP-Nationalrat Walter Wobmann gestellt. **Darin sind sowohl religiös motivierte Gesichtverschleierungen als auch ganzheitliche Kopfbedeckungen von militanten Demonstrationsteilnehmern enthalten.** Daneben können auch vermummte Hooligans an Sportveranstaltungen erwähnt werden.

Das Anliegen orientiert sich an einer kantonalen Volksinitiative, welche im September 2013 mit einem Stimmenanteil von 65,4% vom Tessiner Stimmvolk angenommen wurde.

Für die SD stellt die schleichende Islamisierung eine Realität dar, zumal in der jüngeren Vergangenheit Begehren der entsprechenden Dia-

spora zu kontroversen Diskussionen geführt haben. Dabei sind etwa die Debatte über islamische Kindergärten oder Dispensmöglichkeiten für den schulischen Schwimmunterricht zu nennen.

Als Schutz der verfassungsmässigen Gleichstellung von Mann und Frau soll deshalb vor allem die strengste Form der Gesichtsverhüllung, die sogenannte Burka, verboten werden.

Solche Erscheinungen diskriminieren und entwürdigen das weibliche Geschlecht, **wobei archaisch-patriarchalische Strukturen in einem modernen westeuropäischen Industriestaat nichts mehr verloren haben.** Bezüglich gewaltbereiten Agitatoren bei Demonstrationen oder anderen öffentlichen Veranstaltungen befürworten die SD eine nationale Regelung, **sodass Chaoten konsequent weggewiesen und strafrechtlich belangt werden können.**

SD-Redaktion

Weder Rechts noch Links oder Mitte

Oft werden die Schweizer Demokraten (SD) als «Rechtsextreme» bezeichnet. Diese Bezeichnung ist selbstverständlich völliger Unsinn, denn die SD, früher Nationale Aktion (NA), haben nichts, aber auch rein gar nichts mit dem gemein, was man gewöhnlich «rechte Politiker» nennt. Diese sind nämlich für die sogenannte Globalisierung, mindestens im wirtschaftlichen Bereich, und für das Abzocken von Millionen-Boni innerhalb einer Jahresfrist, selbst wenn die Aktien der Unternehmen, denen diese «rechten Politiker» vorstehen, über Jahrzehnte hinweg im Wert massiv geschrumpft sind. Dagegen erweisen sich Vorstösse wie die Abzocker-Initiative von Ständerat Thomas Minder als absolut machtlos. Zinsen für ausgeliehenes Kapital werden den Gläubigern auch kaum mehr bezahlt. Sie müssen geradezu froh sein, wenn sie nicht gar sogenannte Negativzinsen schulden. Kurzum, das globalisierte Finanzsystem ist krank.

Links-rechts-Schema ist irreal

«Linke» sind die SD selbstverständlich ebenfalls nicht. Sogar «Mitte» ist als politische Bezeichnung kaum am Platz. Was Journalisten neuerdings Mitte nennen, erlitt nämlich kürzlich bei Volksinitiativen einen einzigartigen Schiffbruch.

Politische Wahrheit ist, dass sich die nach dem Links-rechts-Schema orientierende Messlatte in Bezug auf aktuelle Ereignisse nicht mehr anwenden lässt, zumal diese als veraltet bezeichnet werden muss.

Dennoch wird sie von den Medien sorgfältig aufrechterhalten. Der Kampf «Rechts gegen Links» dient ja dazu, die Illusion zu pflegen, die Gesellschaft, in welcher er stattfindet, sei immer noch demokratisch!

Einwanderungskritiker politisch diskriminiert

Die Spaltung in Rechts und Links ist insbesondere auch hinderlich für eine echt ökologische Politik. Materieller Umweltschutz wie gute Abfallentsorgung, sparsamer Einsatz von lebenswichtigen Ressourcen oder Schutz vor lebensgefährdender Vermischung solcher mit Fremdstoffen, gilt als «links», Be-



Eine Beschränkung des Bevölkerungswachstums ist tatsächlich ökologisch sinnvoll, ansonsten der Ressourcenverbrauch stetig zunimmt und die gesamte Verkehrsinfrastruktur nicht mehr ausreicht (siehe Bild). Sogenannt «linke» ökologisch orientierte Politiker desavouieren jedoch solche Ansichten.

schränkung der menschlichen Bevölkerungsdichte, sei es durch eine Senkung der Geburtenziffer, sei es durch eine Reduktion der

Zuwanderung, gilt als «rechts». Für eine wirklich ökologische Politik und echten Umweltschutz braucht es allerdings beides. Par-

teien, die sich «grün» nennen, haben sich nach der «Linken» ausgerichtet. Entsprechend behandeln sie die Bevölkerungspolitik wie der Teufel das Weihwasser.

Das war nicht immer so. In der Zeit der Gründung solcher Parteien gab es durchaus auch Menschen, welchen die Bevölkerungvermehrung durch Zuwanderung ein Dorn im Auge war und die sich um eine Mitgliedschaft bewarben. Ein solcher war zum Beispiel...

Im Rahmen der Ausrichtung «grüner» Parteien nach «links» wurden bestimmte Leute gar nicht aufgenommen oder derart schikaniert, dass sie den Austritt gaben.

Die Beschränkung der Zuwanderung wurde von der Mehrheit immer als typisch «rechtes» (oder rechtsextremes) Anliegen klassiert.

Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat, Dübendorf

Avenir Suisse will Unterschriftenzahl verdoppeln

Radikaler Demokratieabbau

Die Schweizer Demokraten (SD) stellen mit Empörung und zugleich wenig Erstaunen fest, dass die elitäre wirtschaftsliberale Institution Avenir Suisse, welche die grenzenlose Globalisierung beinahe als Religion predigt, die Anzahl Unterschriften für eine eidgenössische Volksinitiative auf 210'000 erhöhen möchte. Dabei wird der grundlegende Aufwand einer Initiativkampagne, nämlich das Sammeln der Unterschriften, vollends ausgeklammert.

Bereits heute kommen vornehmlich Volksbegehren mit schweizweit strukturierter und finanzstarker Trägerschaft (Bundesratsparteien und Verbände) im Sammelstadium zustande.

Der vorgeschlagene Abbau der Volksrechte macht deutlich, wie gross der Graben zwischen Volk und «classe politique» mittlerweile geworden ist.

SD-Redaktion



Mit der vorgeschlagenen Erhöhung der Unterschriftenzahl würde zukünftig nur noch die politische Elite selbst Volksinitiativen im Sammelstadium zustande bringen.

Die Schweizer Demokraten (SD) sind erfreut über den Achtungserfolg des «Front national» bei den französischen Départementwahlen. Mit einem Wähleranteil von 20–25% holte der FN gesamthaft 62 Sitze.

Unsere Nationalfahne verbieten?

In einem Leserbrief unter dem Titel «Man müsste die Nationalfahne verbieten» regt sich jemand fürchterlich auf, dass man in einer Schulgemeinde muslimischen Mädchen das Tragen eines Kopftuches in der Schule verbieten wollte. Er bezeichnet dieses Verbot nicht nur als unverhältnismässig, sondern als etwas Verkraampftes. Er steigert sich in seinem Wahn so weit, dass er sogar anregt, unsere Nationalflagge zu verbieten, da diese ja ein Kreuz enthält, was bei Moslems Anstoss erregen könnte. Diese Person weiss offenbar nicht, **dass in sehr vielen muslimischen Ländern Christen nicht erlaubt ist, ein Amulett mit einem Kreuz sichtbar zu tragen.**

Weitreichende Diskriminierung

Während des zweiten Golfkriegs bekämpften die Amerikaner (zusammen mit anderen Verbündeten) den Irak von Diktator Saddam Hussein, das vorher das unbewaffnete Kuwait brutal überfallen hatte und auch Saudi-Arabien bedrohte. Dabei wurde eben dieses selbst bedrohte Saudi-Arabien als Aufmarschgebiet benutzt. **Dort mussten diejenigen Soldaten, die ein**



In manchen muslimischen Ländern darf man nicht einmal das Schweizer Kreuz als Symbol unseres Landes offen zeigen.

Amulett mit einem Kreuz tragen, dieses unter der Uniform verstecken.

Ja selbst die Feldprediger, welche bekanntlich auf ihren Achselplatten ein Kreuz tragen, durften diese nicht sichtbar tragen.

Und ein weiterer Tiefpunkt ist, dass die Saudis der Schweizer Botschaft in Riad einst verboten haben, auf den Kotflügeln ihrer offiziellen Fahrzeuge die Schweizer Fahne zu tragen, wie das bei allen Diplomatenfahrzeugen weltweit üblich ist. Und nur, weil darauf ein (stilisiertes) Kreuz zu sehen ist. **Erst wenn Christen in allen muslimischen Ländern in keiner Weise mehr**

diskriminiert werden, sollen Moslems auch bei uns ihre religiösen Extrawünsche anbringen dürfen.

Ausübung der Religion darf nämlich keine Einbahnstrasse sein!

*Dr. Dragan Najman,
e. Grossrat, Baden*

Wettbewerb für neue Nationalhymne

Übung möglichst rasch beenden

Nun hat die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG) entschieden, von den zahlreichen Vorschlägen für eine neue Schweizer Nationalhymne eine engere Auswahl mit sechs Varianten zur Debatte zu bringen.

Die Vorschläge für eine neue Nationalhymne sind nach der Meinung der Schweizer Demokraten (SD) allesamt untauglich, zumal man politisch motivierte Elemente teilweise deutlich erkennen kann.


Anstatt der gesamten Inszenierung der SGG und der daraus entstandenen unnötigen Stellvertreterdiskussion über ideologische Inhalte schlagen die SD deshalb vor, das ganze Wettbewerbsszenario einzustellen und die aktuelle Hymne mit

ihrem Text und der Melodie zu behalten. **Beim Volk besteht kein Bedürfnis, etwas an der bestehenden Hymne zu ändern.**

SD-Redaktion

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen

 **SD Schweiz: ordentliche Mitgliederversammlung (Frühlings-Versammlung),** Samstag 9. Mai 2015, 10.15 bis 15.00 Uhr, Restaurant «Dietiker», Alte Gasse 1, 5034 Suhr.


 **SD Stadt Bern: ordentliche Hauptversammlung,** Freitag 29. Mai 2015, um 19.30 Uhr, Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort etwa 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort

etwa 5 Minuten zu Fuss). Weitere Infos über Tel. 031 974 20 10.

SD Stadt Bern: Höck: (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 031 974 20 10.


Berner Oberland: Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden

1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.

 **Bezirk Baden und Umgebung: Stamm** im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 056 222 68 72.

 **Luzern-Innerschweiz: Höck** im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Mittwoch im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer

jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Infos über Tel. 076 416 17 00.

 **Kantonalsektion St. Gallen: Stamm** am Mittwoch, 3. Juni 2015, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende des St. Galler Hauptbahnhofs. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.

**Weitere Anlässe bitte melden an:
info@sd-marktplatz.ch**

Antirassismus mit Fragezeichen

Im Jahr 1994 behauptete der damalige Bundesrat Arnold Koller im Vorfeld der Abstimmung, dass der Antirassismus-Artikel sicher nicht so strikt angewendet würde. Das hat sich als falsch herausgestellt. **Vielmehr können mit diesem Artikel politische Gegner vor den Richter gezerrt werden.** Daraus lässt sich dann Kapital schlagen.

Zwei praktische Beispiele

2011 provozierten Kosovaren zwei Schweizer, indem sie diese als «Scheiss-Schweizer» sowie «Drecksack» titulierten und einem der beiden die Kehle aufschlitzten. **Im selben Jahr wurde der Türsteher**



Rassismus kann auch mithilfe des Zivilrechts bekämpft werden. Mit der Antirassismus-Strafnorm zitiert man jedoch oftmals Einwanderungskritiker vor den Richter.

einer Disco von einem Kosovaren mit Messerstichen getötet.

Die SVP kommentierte diese Taten auf Plakaten mit den Worten «Kosovaren schlitzten Schweizer auf», was den Rechtsanwalt David Gibor zu einer Klage wegen Rassismus gegen die verantwortlichen SVP-Exponenten veranlasste. **Obwohl es unbestritten ist, dass Kosovaren Schweizer aufgeschlitzt (beziehungsweise erstochen) haben, wurde auf die Klage eingetreten.**

Es ist folglich riskant geworden, einen erwiesenen Sachverhalt mit Ausländern als Tätern überhaupt zu kommentieren.

David Gibor reichte zudem eine Abstimmungsbeschwerde ein. Damit wollte er das Resultat der Masseneinwanderungsinitiative für ungültig erklären lassen, weil dieses durch das entsprechende Plakat beeinflusst worden sei. Warum kann man das Abstimmungsresultat über den Antirassismus-Artikel nicht für ungültig erklären lassen?

Man könnte sagen, dass es ebenfalls durch die falsche Prognose von Koller beeinflusst worden war.

*Otto Weiersmüller,
Uetikon*



Kanton Bern



BLS plant Werkstätte in Riedbach Grünflächen werden im Westen Berns weiter abgebaut



Hier sind die Grünflächen im Westen Berns noch intakt. Wie lange noch?

Die Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Bern lehnen das Ansinnen des Bahnunternehmens BLS, in Buech bei Riedbach eine 15-gleisige Werkstätte für die Wartung der Züge zu errichten, aufs Schärfste ab. Dabei handelt es sich um ein klassisches Beispiel einer Schaffung von neuem Bauland auf Kosten intakter Grünflächen respektive landwirtschaftlich genutzten Flächen, zumal die Zersiedelung im Westen Berns nach der Fertigstellung der Recyclingverarbeitungsanlage der Firma Resag ungebremst voranschreitet.

Das Resultat dieser Tendenz zeigt

sich letztlich auch in der schweizweit zunehmenden langfristigen Urbanisierung sowie dem damit verbundenen Kulturlandverlust. Obwohl die Vorgehensweise der Planung offenbar rechtlich legitim ist, **wehren sich die SD gegen eine Enteignung der betroffenen Landwirte und verlangen, sollte das Projekt am Ende dennoch realisiert werden, zumindest die Durchführung einer Volksabstimmung (analog einer Zonenplanänderung).**

*Adrian Pulver,
Präsident SD Stadt Bern,
Bern*

Neubau von Forschungslabors SD unterstützen Referendum

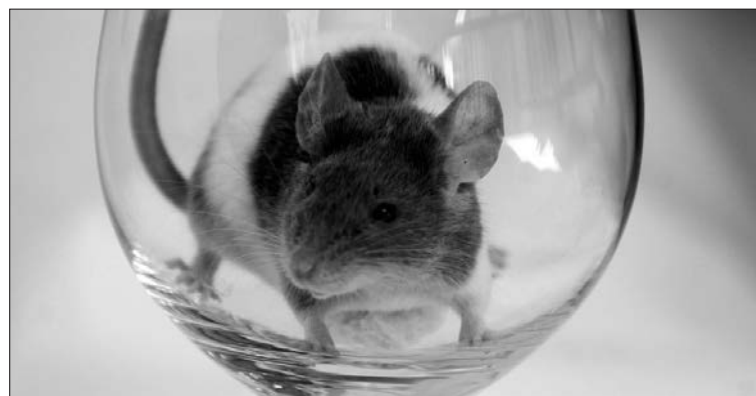
Die Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Berns sind empört über den Grossratsentscheid und verurteilen den Neubau eines medizinischen Forschungslabors der Universität Bern an der Murtenstrasse. Die Gesamtkosten betragen 141,5 Millionen Franken zuzüglich des kantonalen Budgets. In diesem Gebäude sollen auf drei unterirdischen Geschossen mit einer Fläche von 3000 m² rund 40'000 Versuchstiere gezüchtet werden.

Der Betrieb der Versuchsanlage verursacht jährliche Folgekosten von 9 bis 10 Millionen Franken. Es gilt zu bemerken, dass 92 Prozent der Resultate aller Tierversuche nicht auf den Menschen übertragbar sind.

Weltweit werden Tierversuche eingeschränkt und durch Alternativen wie lebende menschliche Zellkulturen, Bio-Chips und Computermodele ersetzt. Das geplante Bauprojekt erfüllt den ethischen und nachhaltigen Zweck keineswegs, was die SD dazu veranlasst, das Referendum aktiv zu unterstützen und somit auch dafür Unterschriften zu sammeln.

Der Tierschutz stellt in Wirtschaft und Gesellschaft ein zentrales Kriterium dar und ist den Umweltschutzanliegen gleichzustellen.

*Andreas Beyeler,
Präsident SD Kanton Bern,
Worben*



Alternativen zu Tierversuchen werden in der Schweiz zu wenig gefördert.

Die SD bedauern den Entscheid der verantwortlichen Nationalratskommission. Dschihadistische Aktivitäten erfordern aus Gründen der Staatssicherheit die zwingende Ausbürgerung solcher Personen.



La question de l'islamisation rampante

Dans la «NZZ» (no. 19 p. 15, 2015) 3 représentants de l'Islam en Suisse affirment sans détour que les musulmans dans 20 ans feront partie de la Suisse comme les immigrants italiens. La classe politique doit reconnaître le fait que les musulmans sont en Suisse et y resteront. Ils vivent ici et ont besoin que leur religion soit intégrée au programme scolaire, ainsi que leurs habitudes alimentaires (viande halal, pas de porc) et les jours fériés (ramadan) soient pris en considération. Le ministère des imams dans les hôpitaux et dans les prisons doivent être reconnus, ainsi que des cimetières doivent être aménagés. Des musulmans revendiquent un jardin d'enfants islamique à Volketswil, des imams volontaires dans les prisons revendiquent des subventions, etc.

L'Islam est une religion très prosélytiste et entend organiser la société dans son ensemble.

Elle distingue deux types de territoire: – le domaine de l'Islam (dar al-islam), qui correspond aux territoires dans lesquels règnent la loi coranique; – le domaine de guerre (dar al-harb), qui correspond aux



territoires non-musulmans à conquérir. Voilà pour la doctrine.

Il y a maintenant deux dangers qui nous menacent, **la poussée démographique des pays musulmans qui se déversent sur l'Europe (env. 200 millions de musulmans en 1950, un milliard 300 millions en 2015) et le financement de l'expansion de l'Islam par les pays pétroliers du golfe.**

Nous organisons un débat à l'intérieur de notre Parti lors des assemblées où tous les membres peuvent

participer, **afin de constituer un document de base qui constituera notre position vis-à-vis de l'Islam.**

Nous insisterons sur des exemples concrets. Nous prions ceux qui apportent des citations de garder les références pour éviter d'être traité de menteur. La célèbre journaliste Oriana Fallaci («OGGI» no 4, 2015) suite à ses investigations sur l'Islam est arrivée à la conclusion suivante. Il n'existe pas d'Islam bon, nous devons le combattre sinon notre civilisation sera effacée.

Athènes, Rome et le Christianisme, le Pacte fédéral sont les éléments constitutifs de notre identité suisse et pas la Mecque.

Le succès des manifestations à Dresde contre l'islamisation nous montre que nombreux sont ceux qui ont compris le danger. Il n'est pas indiqué de se focaliser uniquement sur un mouvement. Sur le plan des mouvements politiques, il y a le Front National, la Légua Nord. Cette dernière avec Forza Italia a fait passer une loi en Lombardie, dite loi antimosquée, toute construction d'une mosquée peut faire l'objet d'un référendum de la part des citoyens d'une commune. Un groupe de journalistes d'un grand quotidien se constitue pour enquêter sur ceux qui arment les terroristes djihadistes, etc.

Pour notre part, nous luttons contre toute reconnaissance de droit public de l'islamisme par les moyens offerts aux citoyens, droit de pétition, d'initiative et de référendum.

Michel Dupont, 1er vice-président des DS Suisse, Pully

Naturalisation des étrangers de la troisième génération: examen individuel impossible

Les Démocrates Suisses (DS) réproouvent la décision prise par le Conseil national en faveur d'une naturalisation facilitée automatique des étrangers de la troisième génération. En effet, d'une part, le groupe de personnes visé est sujet à une marge d'interprétation considérable en ce qui concerne les ancêtres de l'auteur de la demande de naturalisation.

Il suffit par exemple que l'un des grands-parents ait eu le droit de séjourner en Suisse (sans obligatoirement y être né) et que l'un des parents ait vécu en Suisse avant l'âge de douze ans.

D'autre part, la possibilité d'une procédure ordinaire empêche tou-

te évaluation globale de l'intégration du candidat, laquelle ne se fait pas de manière automatique, compte tenu de la forte proportion d'étrangers présents dans toute la Suisse; au contraire, il existe un peu partout des sociétés parallèles fermées sur elles-mêmes. C'est pourquoi les DS demandent, en lieu et place de cette réforme, que la procédure de naturalisation faci-

litée des étrangers de la deuxième génération soit complètement abandonnée. Le peuple a d'ailleurs déjà exprimé une fois, il y a de nombreuses années, son opposition à une exigence similaire.

Adrian Pulver, secrétaire national, Berne

Assemblée ordinaire des membres des DS Suisse (assemblée de printemps)

Samedi 9 mai 2015 de 10h15 à 15h00

Restaurant «Dietiker», Alte Gasse 1, 5034 Suhr

Lors de cette assemblée, tous les membres des DS auront le droit de voter.

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Köniz

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Einbürgerungen der dritten Generation: Individuelle Prüfung verunmöglicht

Die Schweizer Demokraten (SD) verurteilen den Entscheid des Nationalrats für eine automatische erleichterte Einbürgerung von Ausländern der dritten Generation (Terzos). Zum einen lässt die Interpretation der angesprochenen Zielgruppe bezüglich der Vorfahren des Antragsstellers viel Spielraum zu. So muss beispielsweise lediglich ein Grosseelternteil in der Schweiz aufenthaltsberechtigt (nicht zwingend geboren) gewesen

sein und nur ein Elternteil vor dem zwölften Altersjahr in der Schweiz gelebt haben.

Zum anderen verhindert die Möglichkeit eines regulären Verfahrens eine ganzheitliche Beurteilung der Integration, welche aufgrund des allseits hohen Ausländeranteils nicht ohne Weiteres automatisch stattfindet.

Vielmehr bestehen vielerorts in sich geschlossene Parallelgesellschaften. **Deshalb fordern die SD anstelle dieser Reform den generellen Verzicht auf erleichterte Einbürgerungsverfahren bei der zweiten Generation (Secondos).** Des Weiteren hat sich das Stimmvolk vor vielen Jahren bereits einmal gegen ein vergleichbares Ansinnen ausgesprochen.

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern



Die Einbürgerung stellt den letzten Schritt der Integration dar. Eine ganzheitliche Beurteilung hat daher höchste Priorität.

Aufgepasst

Als Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) bekommen Sie jeweils zwei Rechnungen: Anfang Jahr erhalten Sie eine Rechnung für das Jahresabonnement der Zeitung von Fr. 45.–. Dieser Betrag wird immer der Zentralkasse gutgeschrieben.

Zwischen März und Juni folgt dann die Verrechnung des Mitgliederbeitrags (meistens Fr. 50.–). Dieser Betrag wird der Kasse Ihrer kommunalen oder kantonalen Sektion (je nach Kanton auch die Zentralkasse) gutgeschrieben.

Beide Rechnungen werden einmal pro Jahr zugestellt.

SD-Redaktion

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat!

Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:
Schweizer Demokraten SD, Postfach 8116, 3001 Bern

Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11, schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich aber auch an den Zentralpräsidenten wenden: Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch